

DER GRÜNE PARLAMENTSURIER


GRÜNE INFORMATIONEN FÜR DAS SAARLAND

www.gruene-fraktion-saar.de • Ausgabe 2 - 2016




> NEWSTICKER <


GRUBENFLUTUNG: SALAMI-TAKTIK ENDLICH AUFGEBEN!

 Nach wie vor ist unklar, welche Giftstoffe unter Tage lagern und welche Folgen ein Grubenwasseranstieg für die Umwelt haben könnte. Dennoch hat das Oberbergamt kürzlich den Widerspruch Nalbachs gegen die Teilflutung des Bergwerks Saar abgelehnt. Außerdem hat der RAG-Konzern die Umsetzung der ersten Stufe seines Wasserhaltungskonzepts beantragt. Demnach sollen die Schächte bei Reden und Duhamel bis auf minus 320 Meter geflutet werden. Die zweite Stufe sieht einen kompletten Wasseranstieg bis zum Jahr 2035 vor. Diese scheinbarweise Genehmigtaktik ist unverantwortlich. Niemand kann einschätzen, welche Umwelttrisiken selbst Teilflutungen bergen. Wir fordern von der Landesregierung, dieses Verfahren aufzugeben und das Gesamtkonzept durch unabhängige Experten auf alle Umweltgefahren hin prüfen zu lassen.

ABSCHIEBEMINISTER BOUILLON: CDU VERSTÄRKT RECHTSKURS

 Abgelehnte Asylbewerber können bei der Härtefallkommission einen Antrag stellen, um ihre Abschiebung zu verhindern. Ein Härtefall kann etwa vorliegen, wenn diesen Menschen ein Leid in ihrer Heimat drohen würde. Doch die Meinung der Kommission scheint Innenminister Bouillon nicht zu kümmern. So wurde kürzlich bekannt, dass er Asylbewerber abgeschoben hat, bevor sich die Härtefallkommission mit deren Antrag beschäftigt hat. Die CDU verstärkt hier offenkundig ihren Rechtskurs, um an die AfD verlorene Wähler zurückzugewinnen. Wir fordern von Bouillon, diese inhumane Abschiebepaxis aufzugeben und nicht länger vorschnell Entscheidungen über das Schicksal von Flüchtlingen zu treffen.

MEHR MITBESTIMMUNG FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

 Wie können wir Jugendlichen und Kindern mehr Mitbestimmungsrechte beispielsweise in Kommunen und Schulen geben? Ist es sinnvoll, einen Kinder- und Jugendbeauftragten im Saarland einzurichten? Um das zu klären, haben wir eine breite öffentliche Anhörung zu diesen Themen im Landtag beantragt, der alle Fraktionen zugestimmt haben. Zu diesem Termin am 23. Juni sollen alle Kinder- und Jugendorganisationen im Saarland eingeladen werden. Damit wollen wir ein breites Spektrum an Vorschlägen und Meinungen erhalten, wie wir unseren Nachwuchs besser an demokratische Gestaltungsprozesse heranführen können.



wikipedia.org, CC-BY-SA 3.0, Autor: Biglee

Seit Jahren wird zu wenig in den Erhalt unserer Verkehrswege investiert. Weil das Saarland mit der Planung von Bauprojekten nicht hinterherkommt, hat es seit 2012 rund 26 Millionen Euro an Bundesgeldern verfallen lassen. Um das künftig zu vermeiden, muss die Verantwortung für die Planung, den Bau und die Modernisierung von Autobahnen und Bundesstraßen in Bundeshand übergehen.

Die zeitweilige Vollsperrung der Fechinger Talbrücke hat nicht nur zu einem Verkehrschaos in Saarbrücken geführt. Sie hat uns auch ein grundsätzliches Problem der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland vor Augen geführt. Seit Jahrzehnten wird zu wenig in den Erhalt der Verkehrswege investiert. Alleine im Saarland sind 8,5 Prozent der Brücken an Autobahnen und Bundesstraßen marode, wie eine Anfrage unseres Bundestagsabgeordneten Markus Tressel gezeigt hat.

Doch wie kommt es zu diesem Sanierungsstau? Der Bund übernimmt zwar die Kosten für Arbeiten an Straßen, die in seinem Besitz sind. Dazu zählen die Autobahnen und Bundesstraßen. Allerdings müssen die Länder die Planung vorlegen und die Bauarbeiten beauftragen. Doch damit kommen sie oft nicht hinterher. So kam es dazu, dass das Saarland seit dem Jahr 2012 rund 26 Millionen Euro an Verkehrsinfrastrukturmitteln, die der Bund bereitgestellt hätte, nicht abgerufen hat. Der Landesregierung ist es nicht gelungen, ausreichend personelle Ressourcen zu schaffen, um Bauprojekte rechtzeitig zu planen.

Diese Entwicklung verdeutlicht, dass das bisherige System, wonach der Bund die Länder mit Planung und Bau alleine lässt, gescheitert ist. Der Erhalt einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Das gilt sowohl für das Straßen- als auch das Schienen- und Radwegenetz. Die Verkehrswege in einem guten Zustand zu halten, ist entscheidend, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes sicherzustellen.

Der Bund muss mehr Verantwortung übernehmen. Das bedeutet: Er muss künftig auch die Planung, den Bau und die Modernisierung der Autobahnen und Bundesstraßen übernehmen. Die Zuständigkeiten sollen in einer Verkehrsinfrastrukturgesellschaft gebündelt werden, die in öffentlichem Besitz bleibt.

Nur durch einen solchen Systemwechsel können die Länder entlastet werden und wichtige Sanierungen zeitnah erfolgen. Wir fordern daher von der Landesregierung, sich mit einer Bundesratsinitiative für die Schaffung einer solchen Infrastrukturgesellschaft einzusetzen. Einen entsprechenden Antrag haben wir im April in den Landtag eingebracht.

Doch auch kurzfristig hätte das Land Möglichkeiten, weitere Planungskapazitäten zu schaffen, nämlich durch einen Beitritt in der ‚Deutschen Einheit Fernstraßenplanungs und -bau GmbH‘ (DEGES). Die DEGES übernimmt bei entsprechenden Infrastrukturprojekten die Bauherrenfunktion und kümmert sich um die Planung und Umsetzung. Dadurch würde das Land in die Lage versetzt, die zur Verfügung stehenden Bundesmittel auch tatsächlich rechtzeitig abzurufen. Und solche Debakel wie bei der Fechinger Talbrücke dürften uns künftig erspart bleiben.

Antrag der Grünen-Fraktion

- Bündelung der Zuständigkeiten und Ressourcen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur
www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1775.pdf
- Erhalt der Verkehrsinfrastruktur sicherstellen – DEGES beitreten
www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1815.pdf

ANWOHNER ENTLASTEN, LKW VERBINDLICH UMLEITEN!



Geht es nach den Planungen der Landesregierung, wird die Fechingertalbrücke frühestens Ende des Jahres wieder für den Schwerlastverkehr freigegeben. Bis dahin werden Lkw, die nicht Firmen in Saarbrücken und Umgebung beliefern, großräumig zunächst über die A8 umgeleitet.

Das Problem: Die Landesregierung gibt lediglich eine Umleitungsempfehlung für den Verkehr, der aus Richtung der A6 kommt. Und zahlreiche Lkw-Fahrer halten sich nicht daran. Das Resultat ist, dass der Schwerlastverkehr in und um Saarbrücken stark zugenommen hat. Betroffen sind vor allem die Flughafenstraße L108, die Lebacher Straße, die Camphauser Straße, die B40 und der Meerwiesertalweg.

Die Situation zieht mehrere Probleme nach sich: Zum einen steigt das Unfallrisiko. Zum anderen entstehen beträchtliche Schäden an den Umleitungsstraßen, die für diese Belastung nicht ausgelegt sind. Hinzu kommt, dass die Situation für die Anwohner unerträglich ist. Aufgrund der Lärmbelastung ist an Nachtruhe nicht zu denken. Außerdem stellt der Schwerlastverkehr eine erhebliche Gesundheitsbelastung für die Bürgerinnen und Bürger dar.

Die Lösung für diese Situation liegt nahe. Wir brauchen ab dem Autobahnkreuz Neunkirchen ein Durchfahrtsverbot und eine verbindliche Umleitung über die A8 für den Schwerlastverkehr, der nicht Saarbrücken und Umgebung zum Fahrtziel hat. Gleiches gilt für Lkw, die

von der A1 kommen. Diese müssen am Saarbrücker Kreuz auf die A8 umgeleitet werden.

Die Landesregierung darf sich gegen eine solche Regelung schon alleine aus Verantwortung gegenüber den Anwohnern nicht länger sträuben. Denn für diese stellt die jetzige Situation eine deutliche Einschränkung ihrer Lebensqualität dar. Es ist vor diesem Hintergrund absolut unverständlich, weshalb die Große Koalition einen Antrag unserer Fraktion auf eine verbindliche Umleitung abgelehnt hat.

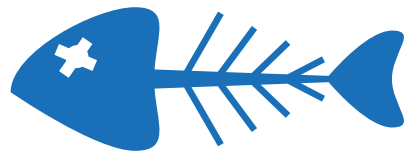
Antrag der Grünen-Fraktion
Lkw-Durchfahrtsverbot für Saarbrücken
www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1817.pdf

MEERESFISCHZUCHT VÖLKLINGEN: AKK hat 20-Millionen-Debakel verschuldet

Die Bilanz der Fischzuchtanlage in Völklingen ist verheerend. Es wurden 20 Millionen Euro an Steuergeldern verschwendet. Die Stadtwerke Völklingen sind in eine erhebliche finanzielle Schieflage geraten. Der Untersuchungsausschuss im Landtag hat gezeigt: Annegret Kramp-Karrenbauer wusste, welches Risiko Völklingen mit der Anlage eingehen würde. Verhindert hat sie den Bau in ihrer damaligen Funktion als Innenministerin allerdings nicht.

Was unternimmt man, wenn einem Fachleute raten, von einem hochriskanten, kostspieligen Projekt wie einer Meeresfischzuchtanlage fernab des Meeres abzusehen? Richtig, man ignoriert sie und gibt grünes Licht für den Bau. Was sich mit gesundem Menschenverstand nicht erklären lässt, muss noch lange kein Hindernis für die saarländische Landesregierung sein.

Als die Stadt Völklingen ihre im Jahr 2007 entstandene Idee, eine Fischzuchtanlage zu bauen, vorgestellt hat, hagelte es schnell Kritik



seitens der Kommunalaufsicht und der Wirtschaft. Die Bedenken, ob ein solches Projekt wirtschaftlich zu betreiben wäre, waren immens. All das und damit auch das hohe Risiko, das die Stadt Völklingen mit der Anlage eingeht, waren der damaligen Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer bekannt.

Dennoch hat sie das Projekt nicht verhindert, da es politischer Wille gewesen sei. Was noch erschwerend hinzu kommt: Kramp-Karrenbauer hat sich über sämtliche gesetzlichen Hürden hinweggesetzt. Denn die rechtliche Grundlage für den Bau der Fischzuchtanlage war zum Zeitpunkt des Projektstarts noch nicht einmal geschaffen. Die Gesetzesänderung, die Kommunen eine wirtschaftliche Beteiligung in solch

risikoreichen Wirtschaftsbereichen erlaubt, hat die CDU-Alleinregierung erst im Nachhinein auf den Weg gebracht.

Das Ergebnis des politischen Willens der CDU liegt nun auf dem Tisch. Es wurden 20 Millionen Euro zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verschwendet. Die an der Anlage beteiligten Völklinger Stadtwerke sind in eine erhebliche finanzielle Schieflage geraten. Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

Annegret Kramp-Karrenbauer ist hier sehenden Auges in eine Katastrophe gerannt und unmittelbar für ein zweistelliges Millionen-Debakel verantwortlich. Und warum das alles? Damit das Saarland sich mit einem weiteren, vermeintlichen Prestige-Projekt rühmen kann. Letztlich ist dieses Debakel um die Fischzuchtanlage neben dem Desaster beim IV. Pavillon und dem HTW-Hochhaus ein weiterer Beleg dafür, dass die Landesregierung mit den Finanzen des Landes inkompetent und höchst fahrlässig umgeht.



NACHHALTIG IN SOZIALWOHNUNGEN INVESTIEREN!

Im Saarland werden bis zum Jahr 2020 bis zu 32.000 weitere Sozialwohnungen gebraucht. Zurzeit gibt es jedoch lediglich 1.000. Die Landesregierung muss endlich ihrer sozialen Verantwortung gegenüber unserer Gesellschaft nachkommen und den sozialen Wohnungsbau deutlich stärker fördern.

Wohnungen im Saarland sind keine Mangelware. Zumindest auf den ersten Blick. Im Jahr kamen 2015 auf 491.000 Haushalte etwa 510.000 Wohnungen. Dennoch herrscht ein Mangel, und zwar an günstigem, bedarfsgerechtem Wohnraum für Pflegebedürftige, für Flüchtlinge und Menschen aus sozial schwächeren Verhältnissen. Und die Situation verschärft sich. So ging die Zahl an Sozialwohnungen im Saarland zwischen den Jahren 2002 und 2010 von 3.850 auf 2.500 zurück. Stand November 2015 hatten wir hierzulande sogar nur noch 1.000 Wohnungen mit Sozialbindung.

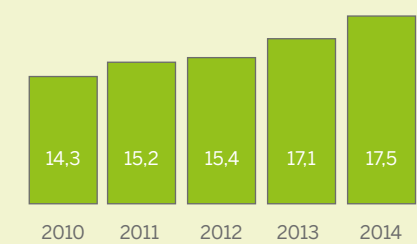
Die Landesregierung muss dringend nachsteuern, zumal der Bedarf nach günstigem und auch barrierearmem Wohnraum künftig deutlich steigen dürfte. Dies ist vor allem dem demografischen Wandel geschuldet. Während in Deutschland in einem Haushalt im Jahr 1976 durchschnittlich 2,7 Personen lebten, waren es 2014 nur noch zwei – Tendenz fallend. Erschwerend hinzu kommt die hohe Armutsquote im Saarland. Hierzulande müssen 17,5 Prozent der Menschen mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen. Im Bundesdurchschnitt sind es 15,4 Prozent.

Schätzungen besagen, dass wir im Jahr 2020 bis zu 32.000 weitere Sozialwohnungen im Saarland brauchen werden. Wir müssen daher den sozialen Wohnungsbau besser fördern, Bestandswohnungen sanieren und in Neubauten investieren. Doch statt hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, hat die Landesregierung von den jährlichen 6,5 Millionen Euro, die sie aus dem Bundesförderprogramm

für den sozialen Wohnungsbau erhält, jeweils 1,5 Millionen für die Jahre 2016 und 2017 zweckentfremdet. Diese hat sie schlicht in den allgemeinen Bauhaushalt eingestellt.

Offenbar hegt die Landesregierung kein Interesse, ihrer sozialen Verantwortung für unsere Gesellschaft nachzukommen. Wir fordern von ihr, die entsprechenden Fördermittel des Bundes endlich in vollem Umfang in den sozialen Wohnungsbau fließen lassen. Darüber hinaus muss sie die Wohnraumförderung mit jährlich sechs Millionen Euro aus dem Landeshaushalt unterstützen. Hierzu haben wir bereits mehrfach Plenaranträge eingebracht.

ARMUTSQUOTE (%) IM SAARLAND



Quelle: Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2016, Paritätischer Wohlfahrtsverband

Anträge der Grünen-Fraktion

Doppelhaushalt 2016/2017:
Intransparenz und falsche Akzente
www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1611.pdf

Schaffung preiswerten Wohnraums nachhaltig fördern –
Zuweisungen für den sozialen Wohnungsbau
zweckgerichtet verwenden!
www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1700-neu.pdf

FÜR MEHR SICHERHEIT: SAAR-POLIZEI AUFSTOCKEN!

Die Anschläge in Brüssel und Paris haben uns vor Augen geführt, wie dramatisch sich die Sicherheitssituation in Europa entwickelt hat. Angesichts dieser Terrorakte brauchen wir mehr denn je einen funktionierenden Sicherheitsapparat. Das muss bedeuten, die Polizeipräsenz in der Fläche zu verstärken.

Die Personalsituation bei der Saar-Polizei ist angespannt. Die Beamtinnen und Beamten müssen aufgrund der Flüchtlingssituation, der Zunahme von rechtsextremen Straftaten und der aktuellen Sicherheitslage immer mehr Aufgaben bewältigen. Dies hat im Jahr 2015 zu einem Berg von 262.000 Überstunden geführt.

Um dieser Situation zu begegnen, reicht die von Innenminister Bouillon angekündigte Aufstockung der Ausbildungsstellen von 90 auf 100 nicht aus. Wir schließen uns hier der Gewerkschaft der Polizei an und fordern von der Landesregierung, jährlich wenigstens 110 Kommissaranwärterinnen und -anwärter einzustellen.

Doch statt diese Forderung umzusetzen, betreibt Innenminister Bouillon lieber ein Personalkarussell. Ein Beispiel dafür ist die Einrichtung einer neuen Operativen Einheit, die Streifenkommandos bei Bedarf verstärken soll. Hierfür wird kein zusätzliches Personal eingestellt, sondern lediglich intern verschoben. Dies ist ein reines Zahlenspiel.

Auch die Schaffung eines Polizeilichen Ordnungsdienstes kann nicht mehr als eine flankierende Maßnahme zur Verbesserung der Situation sein. Solche Hilfspolizisten können nach einer dreimonatigen Schnellausbildung nicht ansatzweise Polizeibeamte ersetzen.

Für uns steht fest: Um die Überlastung der Polizistinnen und Polizisten im Saarland abzumildern und ausreichend Beamte vor Ort zu haben, muss Bouillon den Stellenabbau aufgeben und endlich der Forderung nach mindestens 110 Ausbildungsstellen pro Jahr nachkommen.

Eine gute Polizeipräsenz ist entscheidend, um den Bürgerinnen und Bürgern ein Sicherheitsgefühl zu geben. Diese kann nicht durch Maßnahmen wie beispielsweise eine flächendeckende Videoüberwachung ersetzt werden, wie uns die CDU gerne glauben machen möchte.

Antrag der Grünen-Fraktion
Stellenabbau bei der saarländischen
Polizei aussetzen
www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1774.pdf



Mit ihren Etat-Kürzungen im Haushalt der Saar-Universität hat die Landesregierung zum 1. April 2016 das Aus für den Botanischen Garten und damit für eine wichtige Bildungs- und Kulturstätte besiegelt. Sämtliche Rettungsversuche unserer Fraktion wurden abgeschmettert. Das Saarland ist damit nun das einzige Bundesland ohne Botanischen Garten.

Geld für einen millionenschweren Stadionumbau ist da. Auch für eine Schirmbar und eine Almhütte auf einer Bergehalde ist Geld da. Ähnliche Beispiele ließen sich im Saarland viele finden. Den Nutzen solcher Investitionen kann man als durchaus zweifelhaft bezeichnen. Zweifellos steht jedoch fest: Geld für Einrichtungen, die die Kultur- und Bildungslandschaft des Landes tatsächlich bereichern, ist keines da. Stichwort: Botanischer Garten.

Mit ihren Kürzungen im Etat der Saar-Uni hat die Landesregierung den Garten zum Sterben verurteilt. Die Hochschule kann die nötigen 500.000 Euro pro Jahr zum Betrieb des Botanischen Gartens nicht mehr aufbringen. Das Saarland hat damit zum 1. April 2016 eine Einrichtung verloren, die nicht nur für Studierende einen wichtigen Lehrauftrag erfüllt hat. Der Garten wurde auch von vielen Besuchergruppen, darunter Kindergärten und Schulklassen, als Bildungsangebot genutzt. Rund 20.000 Besucher hat man jährlich gezählt.




Anlässlich der Schließung des Botanischen Gartens überreicht Hubert Ulrich der Ministerpräsidentin symbolisch eine vertrocknete Pflanze.

Entsprechend empört ist die Reaktion der Öffentlichkeit ausgefallen. Botanische Gärten in anderen Bundesländern haben aus Solidarität am 1. April ihre Pforten nicht geöffnet. All dies hat die Landesregierung nicht dazu bewogen, die große Bedeutung des Botanischen Gartens für die Kulturlandschaft des Saarlandes anzuerkennen. Auch Plenaranträge, mit denen wir Versuche zur Rettung des Gartens unternommen haben, wurden jedes Mal abgeschmettert.

Nicht einmal einem von uns vorgeschlagenen ‚Winterschlafmodell‘ hat die Landesregierung zugestimmt. Dieses sah vor, die Infrastruktur des Gartens aufrechtzuerhalten und in der Zwischenzeit Möglichkeiten auszuloten, um die Einrichtung in Zukunft wieder zu eröffnen. Dies hätten etwa Kooperationsmodelle mit dem Saarbrücker Zoo oder Deutsch-Französischen Garten sein können.

Doch wieder einmal hat die Landesregierung deutlich signalisiert: Investitionen in Bildung werden von ihr als Last und nicht als Investitionen in die Zukunft des Landes verstanden.

 **Anträge der Grünen-Fraktion**
 Zukunft des Botanischen Gartens sichern
www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1458.pdf
www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1673.pdf
 Botanischen Garten in Winterschlaf versetzen
www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1773.pdf

FLUCHT UND VERTREIBUNG

WARUM MENSCHEN FLIEHEN

HINTERGRÜNDE UND GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG

Mit Prof. Dr. Dittmann, Hubert Ulrich, Roland Theis und Peter Nobert
 Moderation: Norbert Klein

FREITAG, 17. JUNI, 19:00 UHR
 Restaurant des saarländischen Landtages
 Franz-Josef-Röder-Str. 7, 66119 Saarbrücken

Aktuelle parlamentarische Anfragen der Grünen-Landtagsfraktion:

Af15_1792 | Anwendung von Glyphosat und Kontrollen auf Rückstände
www.landtag-saar.de/Drucksache/Af15_1792.pdf

Af15_1763 | Radverkehrsplan Saarland
www.landtag-saar.de/Drucksache/Af15_1763.pdf


Af15_1753 | Carbon Divestment und Anlagerichtlinien
www.landtag-saar.de/Drucksache/Af15_1753.pdf

Af15_1751 | Urwald vor den Toren der Stadt
www.landtag-saar.de/Drucksache/Af15_1751.pdf

Af15_1749 | Sanierung von Kunstrasenplätzen
www.landtag-saar.de/Drucksache/Af15_1749.pdf

i INFORMATIONEN GEFÄLLIG?
 Sie hätten gerne Informationen zur Arbeit im Landtag?
 Melden Sie sich einfach unter: 0681/5002-508 oder fraktion@gruene-saar.de

👍 SCHENK UNS DEINEN DAUMEN!
[www.fb.com/GrueneFraktionSaar](https://www.facebook.com/GrueneFraktionSaar)



IMPRESSUM: Bündnis 90/Die Grünen
 Fraktion im Landtag des Saarlandes,
 Franz-Josef-Röder Str. 7, 66119 Saarbrücken,
 Tel.: 0681/5002-508, Fax: 0681/5002-511
 E-Mail: fraktion@gruene-saar.de
 Fotos: Wikipedia, B. 90/Die Grünen, Freemages
 Druckerei: johnen-druck GmbH & Co.KG

Pressesprecher, Redaktion: Björn Heib,
 Tel.: 0681/5002-538, Fax: 0681/5002-511
b.heib@landtag-saar.de